

DATENSCHUTZ – INFORMATIONEN NACH ART. 13 DS-GVO

DATENSCHUTZ

Informationen nach Art. 13 DSGVO (Datenerhebung direkt beim Betroffenen) und nach Art. 14 DSGVO (Datenschutzerhebung über Dritte)

SEHR GEEHRTE/-R INTERESSENT/-IN,
SEHR GEEHRTE/-R GESETZLICHE/-R BETREUER/-IN,
SEHR GEEHRTE ELTERN,

Um unseren datenschutzrechtlichen Pflichten nachzukommen, teilen wir Ihnen hiermit gemäß Artikel 13 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) die erforderlichen Informationen mit:

VERANTWORTLICH FÜR DIE VERARBEITUNG IHRER PERSONENBEZOGENEN DATEN

GIG-Grafschafter Inklusionsgesellschaft gGmbH

Geschäftsführer: Ralf Beernink

info@gig-grafschaft.de

☎ 05921/8192260

Neue Straße 11, 48529 Nordhorn

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE

Verena Müller, Mobil 01708907037

mueller@gig-grafschaft.de

ZWECK DER VERARBEITUNG

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der Erfüllung von Verträgen im Rahmen der Eingliederung und beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Behinderung. Dies umfasst insbesondere die Durchführung von Maßnahmen im Eingangs- und Berufsbildungsbereich sowie die damit verbundene Zusammenarbeit mit Kostenträgern und Rehabilitationsträgern, wie auch gesetzlichen Betreuern und Eltern.

RECHTSGRUNDLAGE DER VERARBEITUNG

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Eingliederung und beruflichen Rehabilitation von Menschen mit Behinderung sind vielfältig und umfassen sowohl europäische als auch nationale Gesetze. Die genaue Rechtsgrundlage hängt vom jeweiligen Verarbeitungsvorgang ab.

Art. 6 Abs. 1 DSGVO (Rechtmäßigkeit der Verarbeitung): Hierunter fallen insbesondere die Buchstaben b (Vertragserfüllung), c (rechtliche Verpflichtung) und e (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse).

Art. 9 DSGVO (Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten): Da im Rahmen der Rehabilitation häufig Gesundheitsdaten verarbeitet werden, ist diese Norm besonders relevant.

Insbesondere das **SGB IX** (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) bildet eine wichtige Rechtsgrundlage. Hier sind spezifische Regelungen zur Datenerhebung und -verarbeitung enthalten.

§§ 67 ff. **SGB X (Verfahrensrecht)** Diese regeln die Verarbeitung von Sozialdaten. Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ergänzt die DSGVO und enthält weitere spezifische Regelungen für Deutschland.

EMPFÄNGER DER DATEN

Zur Abrechnung von erbrachten Leistungen werden Ihre personenbezogenen Daten an die jeweils zuständigen Kostenträger (z. B. Krankenkassen, Unfallversicherungsträger) übermittelt. Die Übermittlung erfolgt auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen und dient der Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten.

SPEICHERDAUER UND DIE KRITERIEN

Im Sozialbereich speichern wir Ihre personenbezogenen Daten gemäß den gesetzlichen Vorgaben der Sozialgesetzbücher (SGB), insbesondere des SGB V und SGB IX. Die Speicherdauer richtet sich nach der Art der Leistung und den jeweiligen Vorschriften der zuständigen Leistungsträger (z. B. Bundesagentur für Arbeit, Rentenversicherung). In der Regel werden Daten für die Dauer der Leistungserbringung und darüber hinaus für einen angemessenen Zeitraum gespeichert, um gesetzliche Dokumentationspflichten und eventuelle Rechtsansprüche zu erfüllen.

Unabhängig von den sozialrechtlichen Vorgaben sind wir aufgrund steuerrechtlicher Aufbewahrungsfristen (z. B. § 147 AO) verpflichtet, bestimmte Daten (z. B. Rechnungen, Buchungsbelege) für einen Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren. Nach Ablauf dieser Fristen werden die Daten gelöscht oder anonymisiert, sofern keine anderen gesetzlichen oder vertraglichen Aufbewahrungspflichten bestehen.

RECHTE DER BETROFFENEN PERSONEN – AUSKUNFT – SPERRUNG – LÖSCHUNG

Sie haben im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen gem. Art. 15 DSGVO jederzeit das Recht auf unentgeltliche Auskunft über Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten, deren Herkunft und Empfänger und den Zweck der Datenverarbeitung und ggf. gem. Art. 16 DSGVO ein Recht auf Berichtigung oder auf Sperrung (Art. 18 DSGVO) oder Löschung dieser Daten (Art. 17 DSGVO).

Hierzu sowie zu weiteren Fragen zum Thema personenbezogene Daten können Sie sich jederzeit unter oben genannte Adresse an uns wenden.

BESCHWERDERECHT BEI DER ZUSTÄNDIGEN AUFSICHTSBEHÖRDE

Im Falle datenschutzrechtlicher Verstöße steht dem Betroffenen ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu (Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Zuständige Aufsichtsbehörde in datenschutzrechtlichen Fragen ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Nds.

Postfach 221, 30002 Hannover

poststelle@lfd.niedersachsen.de

☎ 0511/120-4500